

Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen AG Sicherheit, Frieden und Abrüstung

Deutscher Bundestag Verteidigungsausschuss
Ausschussdrucksache 18(12)104
06.05.2014 - 18/578
1110-3

Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages
zum Entwurf des Einzelplans 14

- Einzelplan 14 -

fu 6/5

Der Verteidigungsausschuss möge beschließen:

Der Verteidigungsausschuss fordert das Bundesministerium der Verteidigung auf, von einer Beschaffung bewaffneter und bewaffnungsfähiger, unbemannter Systeme abzusehen, um einer notwendigen, umfassenden parlamentarischen Beratung nicht vorzugreifen, die sich zunächst mit den ethischen, rechtlichen und sicherheitspolitischen Implikationen einer solchen Entscheidung gewissenhaft auseinandersetzt.

Weiter wird das Bundesministerium der Verteidigung aufgefordert, keine weiteren Schritte in Richtung einer Beschaffung bewaffneter oder bewaffnungsfähiger unbemannter Systeme zu unternehmen, mindestens jedoch so lange nicht, bis in einem schriftlichen Bericht an den Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages umfassend dargelegt wurde,

- für welche konkreten Einsatzszenarien die Beschaffung bewaffneter bzw. bewaffnungsfähiger Systeme für die Bundeswehr für erforderlich gehalten wird;
- welche rechtlichen und ethischen Fragen vor einer Beschaffung aus Sicht der Bundesregierung geklärt werden müssen;
- inwiefern eine Beschaffung im europäischen Kontext und zu welchen Bedingungen und Konditionen in Erwägung gezogen wird und wie – sollte dies der Fall sein – eine vorgeschaltete nationale Beschaffung begründet wird;
- wie der Grad an Autonomie bei unbemannten Systemen nach Ansicht der Bundesregierung bemessen werden soll, bis zu welchem Grad entsprechende Systeme nach Ansicht der Bundesregierung für die Bundeswehr beschafft werden könnten und wie eine hinreichende menschliche Kontrolle solcher Systeme gewährleistet werden kann

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf internationaler Ebene für eine Ächtung vollautonomer Waffensysteme einzusetzen und entsprechend auf die Entwicklung, Förderung und Beschaffung solcher Systeme zu verzichten.

Begründung:

Die Beschaffung und der Betrieb bewaffneter und bewaffnungsfähiger unbemannter Systeme werfen eine Vielzahl rechtlicher, ethischer sowie sicherheitspolitischer Fragen auf. Dazu gehört u.a., für welche Einsatzszenarien die Beschaffung solcher Systeme durch das Bundesministerium der Verteidigung angestrebt wird; welchen rechtlichen Handlungs- und Regelungsbedarf die Bundesregierung auf nationaler sowie internationaler Ebene sieht; welche ethischen Gesichtspunkte beim Einsatz bewaffneter unbemannter Systeme zu

berücksichtigen sind; welche rüstungskontroll- sowie abrüstungspolitischen Implikationen eine Beschaffung durch Deutschland nach sich ziehen würden; welcher Grad an Autonomie – u.a. aus ethischer, politischer und rechtlicher Perspektive – sowohl für beherrschbar als auch für noch vertretbar gehalten wird.

Die Implikationen für die Art und Weise, wie unter Rückgriff auf solche Systeme in bewaffneten Konflikten agiert und gewirkt werden kann, sind erheblich. Daher sind diese und weitere Fragen zwingend zu diskutieren. Die Bundesregierung hat sich zur Beschaffung solcher Systeme uneindeutig geäußert und widersprüchliche Absichten verlauten lassen.

In Zeiten knapper Kassen ist es mehr denn je angezeigt, mit den finanziellen Ressourcen im Verteidigungshaushalt sinnvoll umzugehen. Eine Beschaffung von Systemen „auf Vorrat“ ohne ersichtliches sicherheitspolitisches Fundament ist unverantwortlich.

Berlin, den 07.05.2014

Agnieszka Brugger Tobias Lindner Doris Wagner

Agnieszka Brugger MdB

Dr. Tobias Lindner MdB

Doris Wagner MdB